

INTERPELLATION von Doris Gerber-Weeber (SP, Zürich), Mario Fehr (SP, Adliswil) und Peter Stirnemann (SP, Zürich)

betreffend Regionale Zusammenarbeit des Kantons Zürich

Der Kanton Zürich ist bisher keiner schweizerischen regionalen Regierungskonferenz beigetreten. Er hat also den Alleingang vorgezogen. Mit der Ostschweizer Regierungskonferenz besteht z.B. bereits ein Gremium, das sich kantonsübergreifenden Problemen widmet und in dem alle Ostschweizer Kantone (GL, SH, AI, AR, SG, GR und TG) beteiligt sind. Die Kantone BS, BL, SO, AG und BE bilden zusammen die Regionalkonferenz der Nordwestschweizer Regierungen, die bereits über eine lange Erfahrung in der Diskussion des regionalen Lastenausgleichs verfügt. Eine ähnliche Regierungskonferenz besteht auch in der Innerschweiz.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie bewertet der Regierungsrat die Regierungskonferenz der Regionen vom 1.-3. September 1994? Welche Schlüsse zieht er daraus? Zeichnen sich Problemkreise ab, die gemeinsam angegangen werden könnten? Wenn ja, welche?
2. Ist der Regierungsrat bereit, mit den obgenannten Regionalkonferenzen Verhandlungen aufzunehmen mit dem Ziel eines Beitritts?
3. Kann sich der Regierungsrat vorstellen, dass der Kanton Zürich Scharnierfunktionen zwischen den drei Regionen Ostschweiz, Innerschweiz und Nordwestschweiz übernimmt? Könnten dort z.B. Verhandlungen über die Zentrumsfunktionen des Kantons Zürich und deren allfällige Leistungsabgeltung geführt werden?
4. Welche Lösungen sieht der Regierungsrat zur besseren Integration der kantonalen Meinungsbildung in den Rahmen der eidgenössischen Politik? Genügt das bisherige Vernehmlassungsverfahren?
5. Welche Rolle sollen in Zukunft die regionalen Regierungskonferenzen, die Konferenz der Kantonalregierungen, die Fachkonferenzen (z.B. FDK, EDK) spielen? Wie sieht der Regierungsrat die Abgrenzung dieser Gremien?

6. Welche Möglichkeiten sieht der Regierungsrat, die neu entstehenden Regionalorganisationen in unserer demokratischen Institutionen einzubinden? Welche Kontrollfunktionen sollen dem Kantonsrat zukommen?

Doris Gerber-Weeber
Mario Fehr
Peter Stirnemann

S. Moser-Cathrein
B. Marty Kälin
Dr. Ch. Spillmann
Dr. R. Curny Cassee
A. Guler
R. Aeppli Wartmann
P. Oser

R. Brunner
M. Bornahuser
T. Kohler
H. Attenhofer
R. Bapst-Herzog
J. Vogel
V. Müller-Hemmi

L. Illi
Dr. H.J. Mosimann
Dr. S. Brändli
B. La Roche-Kronauer
S. Frutig
C. Weisshaupt Niedermann

Begründung:

Die anlässlich der Regierungskonferenz der Regionen vom 1.-3. September 1994 in Zürich geführten Diskussionen über den Föderalismus zeigten deutlich, dass heute auch kantonale Politik nicht mehr inselartig gemacht werden kann. Vielmehr muss über den Kanton Zürich hinaus gedacht werden. Dies hat der Regierungsrat mit dem Beitritt zur Europäischen Vereinigung der Regionen in verdankenswerter Weise deutlich gemacht.

Die gleiche Denkweise drängt sich für den Kanton Zürich auch innerhalb der Schweiz auf. Es gibt kaum Probleme, die sich nicht kantonsübergreifend stellen. Als Beispiele seien hier genannt: die Probleme der Mobilität, der Fachhochschulen und Universitäten, des Umweltschutzvollzugs, der Drogen, der wirtschaftlichen Entwicklung etc.